

„Visionslose Dürftigkeit“ ist kein Programm

Die Vorhaben der neuen Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode sind fixiert. Chefredakteurin Marie-Theres Ehrendorff hat mit Hannes Androsch, der als Vizekanzler und Finanzminister über Jahre die Rahmenbedingungen der Republik Österreich mitgeprägt hat, gesprochen und das türkis-grüne Regierungsprogramm aus ökonomischer Perspektive hinterfragt.

Herr Dr. Androsch, wie gut oder schlecht ist das Regierungsprogramm aus wirtschaftspolitischer Sicht zu bewerten?

► Das Regierungsprogramm ist – wohlwollend formuliert – nur vage, das heißt eine Ansammlung von Überschriften ohne fertige Konzepte dahinter. Das äußert sich darin, dass jeder einzelne Minister eine Arbeitsgruppe hier, eine Steuerungsgruppe dort einsetzt, was bedeutet, dass die konzeptiven Grundlagen erst erarbeitet werden müssen. Außerdem dauert es geraume Zeit angesichts der Komplexitäten und der raschen Veränderungen, denen wir uns heute stellen müssen, bis man über ein umsetzfähiges Konzept verfügt, das alle Nebenwirkungen und Fernwirkungen berücksichtigt. Und schließlich müssen die Vorgaben umgesetzt werden. Dazu gehört auch eine entsprechende Finanzierung. Das ist trivial, aber dem ist so.

Sparen gilt aber als Tugend, und wenn der Staat weniger ausgibt, als er einnimmt, dann wird er das aus dem Ruder gelaufene Budget leichter sanieren können ...

► Wenn aber nur gespart und auf der anderen Seite nicht investiert wird, muss eine Nachfragelücke entstehen. Diese schwächt die wirtschaftliche Entwicklung. Kredite aufzunehmen wird gerne als Laster hingestellt, dennoch ist das mitunter sinnvoll. Bei Privatpersonen, die ohnehin nur begrenzt Kredite bekommen, sei es für den Erwerb eines Eigenheimes oder das Studium der Kinder, kann das ebenso hilfreich sein wie für Betriebe. Unternehmen, die investieren, brauchen neben allfälligen Eigenmitteln ebenfalls Kredite. In der derzeitigen schwachen Konjunktur wird wenig investiert. Wir brauchen aber ausreichend Mittel für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben und für die öffentliche Infrastruktur: vom Nahverkehr über die Stromversorgung bis zur digitalen Infrastruktur. Dafür soll nun kein Geld aufgenommen werden?

Was könnte diese Investitionsschwäche bewirken?

► Eine Ersparnisschwemme, andererseits ein Defizit bei den Zukunftsaufgaben sowie eine Lücke bei den öffentlichen Investitionen ist die Folge, was unsere weitere Entwicklung beeinträchtigen wird. Das ist umso bemerkenswerter, als sieben ÖVP-Finanzmi-

nister seit 2000 den Schuldenberg von 141 auf 285 Milliarden Euro aufgebaut haben, obwohl wir eine Rekordsteuerbelastung und enorme Lohnnebenkosten als Folge einer exorbitanten kalten Progression ertragen müssen. Der Staat hat sich durch die historisch niedrigen Zinsen Abermilliarden erspart, zugleich aber auf die Zukunft vergessen. Selbst konservative deutsche Ökonomen üben inzwischen Kritik an dieser Politik. Nur wir wollen diesen Unsinn weiterverfolgen. Das ist Ausdruck wirtschaftspolitischer Inkompetenz. Mit solch einer Politik werden wir weiterhin in die Zukunft stolpern, aber sie sicher nicht erfolgreich gestalten.

„Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, die unseren Wohlstand schaffen, von Steuern und Bürokratie entlastet werden“, so steht es in der Präambel des Regierungsprogramms schwarz auf weiß geschrieben. Ist eine Steuerreform in Sicht?

► Per 2022 soll eine ökosoziale Steuerreform wirksam werden, die dafür Verantwortlichen haben aber offensichtlich keine Vorstellung, was Steuerreform heißt. Ich konnte die bisher größte der Zweiten Republik umsetzen. Das hatte eine Vorlaufzeit von acht Jahren und ich war der dritte Minister, der daran gearbeitet hat. Es hat eine Fachgruppe von Experten gegeben, die diese Steuerreform acht Jahre lang vorbereitet haben. Eine ökosoziale Steuerreform ist ein noch größeres Vorhaben. Das ist so einfach nicht machbar.

Die OECD arbeitet seit Jahren daran, die EU-Kommission ebenfalls, um eine passende Besteuerung für das digitale Zeitalter zu finden. Sie sind nicht weitergekommen. Nicht einmal die Finanztransaktionssteuer ist möglich gewesen – ob man nun dafür oder dagegen ist, sei dahingestellt. Ein bisschen die Abgaben für Werbung zu erhöhen und das als Digitalabgabe zu verkaufen ist eine Lachnummer. Ebenso das Flugticket um 12 Euro zu verteuern – oft nicht einmal die halbe Taxi-Rechnung zum Flughafen – wird mit Sicherheit keinen einzigen Flug verhindern.

Ist eine Verschlankung des Staates erkennbar?

► Wir sind überreguliert. Die Umsetzung von Projekten dauert eine Ewigkeit – ob Tunnelbau oder dritte Piste oder zweite Röhre beim Arlbergtunnel oder Westspange in Linz oder endlich ein rascherer Verkehr zwischen Wien und Graz und Graz, Linz oder Salzburg. Der Nahverkehr ist unzureichend, daher haben wir so viele Pendler. Wir fördern den Tanktourismus, übernehmen dafür die CO₂-Werte, werden 6,6 Milliarden an Strafzahlungen für den Zukauf von Emissionszertifikaten für das begonnene Jahrzehnt ausgeben müssen und importieren um neun Milliarden fossile Energieträger. In Westösterreich beziehen wir vor allem im Winter Kohlestrom aus Deutschland und im Osten wäre es finster ohne den Atomstrom aus Tschechien. Aber wir kritisieren die Nachbarn, dass sie Atommeiler betreiben – und hängen wie in einer Intensivstation am Tropf ihrer Lieferungen.

Das klingt nicht gerade nach Staatsmodernisierung ...

► Wir sind in vielen wichtigen Bereichen nicht im Spitzenfeld, sondern bestenfalls – und das rückfallend – im Mittelbereich oder überhaupt Nachzügler. Im Bildungsbereich sind wir sicher Nachzügler, im Umwelt- und Klimabereich und Energiebereich sündhafte Nachzügler. Wir liegen hier nur auf Platz 36. Wir wollten bei Innovation Spitzenreiter werden und sind ins Mittelfeld abgesunken. Wir haben an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Unser Bundesheer ist pleite und nicht einsatzfähig. Die Justiz stirbt einen stillen Tod. Wir haben ein bürokratisch aufgeblähtes Gesundheitswesen, ein zersplittertes Spitalswesen, ein ungelöstes Pensionsproblem, das wieder nicht angegangen wird, und ein Alterspflegeproblem.

Den Universitäten wird im Regierungsprogramm bis 2027 eine jährliche Budgeterhöhung um die jeweilige Inflationsrate zugesichert. Ist das ein Fortschritt?

► Der Vergleich mit der Uni oder TU in München oder Zürich zeigt, dass die Universitäten in Österreich um eine Milliarde Euro unterfinanziert sind. Eine Inflationsanpassung hilft wenig, da 90 Prozent der Budgets auf Personalaufwendungen entfallen, die stärker steigen als die Inflationsrate. Somit klappt eine immer größere Finanzierungslü-



cke. Um international mithalten zu können, wären mehr Mittel erforderlich. Unser Bildungssystem ist teuer, veraltet und ungerecht. Diese Tatsache ist das Ergebnis rückständiger Ideologie und lähmender Reformunwilligkeit, was internationale Vergleiche seit Jahren belegen. Diese Versäumnisse und Fehler in der Vergangenheit werden durch das neue Regierungsabkommen im Kapitel Bildung an visionsloser Dürftigkeit allerdings noch überboten. Die bildungspolitischen Abscheulichkeiten von Türkis-Blau, beginnend mit zu früher Benotung über das Sitzenbleiben ab der zweiten Schulstufe bis zu Deutschförderklassen, die die Ressourcen der Schulen überfordern, werden mit neuem pädagogischem Unsinn fortgesetzt.

Wo orten Sie Schwachstellen in der Bildungspolitik?

Eklatant zeigt sich das an der sogenannten Kompetenzmessung in der dritten Schulstufe, die maßgeblich über die Bildungslaufbahn von Kindern entscheiden soll. Dabei werden nicht die Fähigkeiten, Talente oder Kompetenzen von Kindern bemessen, sondern ausschließlich die vom Elternhaus geleistete Förderung. Diese Tests sind reine Selektion, die sozial Schwache und talentierte Jugendliche, die auch in bildungsfernen Elternhäusern zu finden sind, benachteiligt. Das ist nicht nur ein brutaler Angriff auf die Zukunftschancen unserer Kinder, sondern unser Land verzichtet damit auf viele intelligente und begabte junge Menschen.

Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder in ganztägige Privatschulen. Jeder dritte Schüler benötigt bereits Nachhilfe, wer sich das nicht leisten kann, wächst in Bildungsarmut auf. Mehr als 20 Prozent der Pflichtschulabsolventen können nicht hinreichend lesen, schreiben und rechnen und sind daher nicht fähig, eine Lehre zu absolvieren. Auf diese Weise produziert das System Verlierer, die am Arbeitsmarkt nicht Vermittelbaren sowie die Sozialhilfeempfänger. ■

Dr. Hannes Androsch hat als Finanzminister und Vizekanzler in der Ära Kreisky gedient und ist heute erfolgreicher Unternehmer. Seine Beurteilung der politischen wie wirtschaftlichen Entwicklungen Österreichs ist aufgrund seiner Erfahrungen im In- und Ausland gefragt.

Foto: Daniel Novotny/AICBU